

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilage: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnement für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.) durch die Post bezogen monatlich 12 RM. (ohne Ausstellungsgebühr) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt, Geschäftsstelle und Expedition: 2, Bernhard-Sammelnummer 14191 / Postgeschäftsamt Dresden Nr. 13333, Emil Spiegel, Auslieferung: Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstr. 2 / Zeitungs-Zeitung Dresden Nr. 17259 / Druckerei: "Arbeiterstimme", Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Montags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die normal gesetzte Nonpareille über deren Raum 0,20 RM., für Familienanzeigen 0,30 RM., für die Zeitungsecke anschließend an den dreigespaltenen Zeitungensteil 1,25 RM. Anzeigen-Zusage tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Redaktion Dresden-Altstadt, Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Freitag, den 5. November 1926

Nummer 248

Wie die SPD eine Arbeitermehrheit „ausnutzt“

Eine Lehre für die Gemeindewahlen am 14. November

Bürgerlicher Magistrat im roten Berlin

durch die Schuld der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion!

Berlin, 5. November. (Eigenes Drahtbericht.)

In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung wurde der aus dem Corpsstudenten zum hervorgegangene reaktionäre Direktor Lange als Kämmerer gewählt. Er erhielt von 225 Stimmen 110, während Kenosse 92, 23 Stimmen bekam. Der sozialdemokratische Fraktion konnte geschlossen für Lange. Damit hat die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die bürgerliche Mehrheit im Berliner Magistrat aufzuhalten. Nach der Ergänzungswahl werden im Magistrat 12 Bürgerliche, 10 Sozialdemokraten und 2 Kommunisten vertreten sein. Die Bürgerlichen haben aber in jedem Falle die Mehrheit, weil zu ihnen der Oberbürgermeister Böhme zählt, der im Falle von Stimmengleichheit den Ausschlag gibt.

Die SPD hat also den Schandstreich gegen die Befreiungsschule vollendet. Alar und ungemein deutlich ist der Beweis geliefert, daß eine proletarische Mehrheit, wie sie die Berliner Arbeiter im vergangenen Herbst ins Stadtparlament entsenden, für die sozialdemokratische Führung untragbar, mit ihren sozialdemokratischen Prinzipien unvereinbar ist. Das gleiche Schauspiel, wie es in den letzten Tagen die "Röntgen" SPD-Büro-Schule zeigten, die mit offenen Armen in die Regierungsgemeinschaft mit den Liberalen einen wollen und zugleich Drohungen und Verhandlungen gegen die Kommunisten ausspielen, weil diese die Arbeiterschaft zum Widerstand gegen eine Politik der Finanzierer des Betriebs und Heidek aufzurufen, das gleiche Schauspiel, noch krasser, noch offensichtlicher, ist jetzt in Berlin.

Die Sache zwischen der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion und den bürgerlichen Partien wurde vollstreckt.

Als Ergebnis der Nachwahlen zum Magistrat die Mehrheit ergab, entsprechend den Mehrheitsverhältnissen in der Stadtverordnetenversammlung die bisherige bürgerliche Mehrheit des Magistrats zu brechen und eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit zu schaffen, da schließen die Sozialdemokraten lieber mit dem Bürgertum. Kommunisten wurden schon in der ersten Sitzung mit lauterem Votzegewinn durch den sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorsteher aus dem Saal gehetzt, als das Schauspiel gegen das rote Berlin seinen Anfang nahm.

Die Forderungen der Kommunisten waren mehr als gering. Obwohl die KPD 43 Stadtverordnete, die SPD 71, machten die Kommunisten gegenüber den zehn Kommunisten der SPD lediglich auf ein drittes Abgeordneten den zwei vorhandenen kommunistischen Sitzen keinen Aufschwung. Über es ging den Kommunisten nicht um die Magistratsposten. Es ging ihnen um die Interessen der Arbeiterschaft von Berlin. Es ging ihnen um die proletarische Mehrheit im Berliner Rathaus!

Deshalb wandte sich die kommunistische Fraktion nach in letzter Stunde an die Sozialdemokraten, verzichtete auf die Wahl eines Kommunisten und verzögerte lediglich, daß die SPD-Fraktion bei der nächsten Kämmererwahl einen sozialdemokratischen Kandidaten aufstellen möge.

In diesem Fall würden die Kommunisten die Kandidatur ihres Kämpfers Lek zurückerzogen und für den Sozialdemokraten gestimmt haben, dessen Wahl dann geahndet war.

Nahm die SPD-Führerschaft dieses Angebot an? Die Sozialdemokratischen Arbeiter werden der Meinung sein, daß dies selbstverständlich geschah. Eine solche Aktion ihrer Partei wird ihnen unverständlich, unbehaglich erscheinen. Was aber geschah in Wirklichkeit?

Das Angebot der KPD wurde der sozialdemokratischen Mitgliedschaft durch den "Vorwärts" längst wie möglich unterzuladen. Als es nicht mehr zu verheimlichen war, wurde es abgelehnt!

Eine bürgerliche Magistratsmehrheit kam durch das Verbrechen der SPD zustande. Es wird kaum einen einzigen ehrlichen SPD-Arbeiter geben, der nicht mit Stolz und Schamlosigkeit dieser schändlichen Verirrt des Parteiverbandes und seiner gehorsamen Kämpfen ablehnt.

wollen nicht „treulos“ sein, sie wollen den Bürgerlichen die Treue halten.

Darum erneuern sie die bürgerliche Magistratsmehrheit.

Darum wählen sie den Reaktionär Lange.

Darum wird die Magistratsmehrheit auch in Zukunft die Forderungen der Erwerbslosen, der städtischen Arbeiter und der proletarischen Mietern furherhand abweisen können. Das wird möglich sein, obwohl die Berliner Arbeiterschaft eine rote Mehrheit hat.

"Treue der Bourgeoisie!" Das ist die Parole sozialdemokratischer Politik im Berliner Stadtparlament. Vertretet an den proletarischen Antraggebern, um ein angehender "Vertragsgegner" in den Augen der bürgerlichen Koalitionsbrüder zu werden! Das ist die Taktik des korrumpten sozialdemokratischen Führertums!

Die bürgerliche Arbeiterschaft wählt am 14. November ihre Vertreter in die Gemeinde- und Stadtparlemente. Wir fragen die sozialdemokratischen Arbeiter: Könnt ihr nach dem Verbrechen von Berlin vor euren proletarischen Gewissen verantworten, bei der kommenden Wahl für die sozialdemokratischen Listen zu werben oder selbst zu stimmen? Die Antwort ist klar: Wenn noch nicht die Augen aufgegangen waren, der sieht es jetzt, wie die SPD-Führerschaft Blinde, die ihr vertrauensselige Arbeiter geben, müssen brauchen, wie sie eine proletarische Mehrheit künftig in einer Minderheit heil verwandelt, wie sie Treue über gegen die Kapitalisten und Vertretung gegen die Arbeiterschaft.

Recht am 14. November mit den Befreiten ab!
Stimmt für die Listen der Kommunisten!

Die Niedner-Zustiz am Branger

Der Zentrale-Prozeß vor dem Reichstag

Berlin, 5. Nov. (Eig. Drahtbericht.)

In der Reichstagsitzung vom 4. November fand zunächst die Neuwahl eines Vizepräsidenten statt. In der Abstimmung erhielt der Zentrumsmann Eßer die Stimmen aller bürgerlichen Partien und der SPD mit Ausnahme der Volksliste.

Als nächster Punkt wird der kommunistische Antrag auf Entlastung des Strafverfahrens gegen die kommunistischen Abgeordneten Stoedter, Rothe, Remmelt, Heger, Hornke und Pleißner (Zentrale-Prozeß) besprochen. Eine eingangsgeplante Anklagerede gegen die verbrecherische Niednerjustiz hält für die kommunistische Partei

Genosse Rosenberg:

Die Kommunisten haben den Vorschlag auf Entlastung des Strafverfahrens gegen die sechs kommunistischen Abgeordneten erneut, weil wichtige Tatsachen hinzugekommen sind, die eine Revision des Reichstagsbeschlusses vom Juni d. J. zwingend erforderlich macht. Das Verfahren gegen die sechs kommunistischen Abgeordneten soll am 18. November vor dem zweiten Strafteil des Reichstagsgerichts unter dem Vorsitz des Senatspräsidenten Niedner stattfinden.

Die Anklage wird folgendermaßen konkretisiert: Die 20 Personen, die die Zentrale der KPD darstellen, tragen gemeinsam die juristische Verantwortung für alles, was irgendwelchen Kommunisten in den Jahren 1923/24 begangen hat.

Wenn man genau so gegen rechts vorgehen würde, müßte man für alle Toten der Schwarzen Reichswehr und sonstiger Kemmerdokumentationen juristisch die Vaterland Verbände verantwortlich machen und Anklage erheben etwa gegen Hagenberg, Graf von der Goltz, Dönhoff, Seldte usw.

Der Prozeß in Landsberg beweist aber, daß man nicht einmal einen Oberleutnant Schulz als für die Kemmerdokumentation verantwortlich erläutert hat. Allerdings war Schulz kein Kommunist, und er einzigt deshalb den Todesschritt.

Man betrachte den 1. Strafteil, den Nachfolger des Staatsgerichtshofs zum Schutz der Republik. Dieses "objektive" Gericht leistet um die Verurteilung eines Arbeiters zu drei Jahren Gefängnis, nur weil er Mitglied eines Mieterrates war. Es wurde nicht befürchtet, weil er etwa dem Hausherrn an die Guße gebrungen ist, sondern wegen seiner ganz legalen Tätigkeit als Mieterrat.

Der Reichstag hat bereits einmal der Niednerjustiz das Misstrauen ausgesprochen, das erstmal durch die Aufhebung des Staatsgerichtshofes, das zweitmal durch die Abdankung des Republikanerreiches. Herr Niedner ist aber durch wunderbare republikanische Angabe vom Vorstand des Staatsgerichtshofes zum Vorstand des 1. Strafteils des Staats-

gerichts geworden. Dieser Klägerrichter weigert sich, das neue Republikanerrecht anzuwenden. Am 7. September d. J. im Juli erfolgte bereits die Wiederänderung — erhielt der Kommunist Marcks ausdrücklich auf Grund des alten Republikanerrechtes 1½ Jahre Justizhaus. Am 29. September wurden die Angeklagten Hoffmann und Bedmann ebenfalls auf Grund des alten Republikanerrechtes, mit 3 und 1½ Jahren Gefängnis bestraft. Am 6. Oktober trat in einem Prozeß gegen den Redakteur Gennrich selbst der Rechtsanwalt für die Anwendung des neuen Gesetzes ein und beantragte Annullung. Herr Niedner war erstaunt, er wolle das alte Gesetz anwenden.

Jetzt hat sich der 1. Strafteil die Praxis angemessen. Ich die Verleidiger der Angeklagten selbst aussuchen.

Der bekannte kommunistische Jurist Obach ist von Niedner als Verteidiger der Angeklagten Kirchhoff abgelehnt worden. Es handelt sich da um die vier kommunistischen Stadtverordneten von Hommel, die 1923 gegen die Nationalsozialisten gekämpft haben und zum Donkt dafür 22 Monate in Untersuchungshaft gesetzt wurden.

Nun sollte Obach den Reichstagsabgeordneten Söder in einem anderen Falle verteidigen. Auch hier wird Obach für unschuld erklärt, die Verteidigung zu übernehmen. Der Grund wird sehr einfach formuliert: Obach ist Kommunist. Söder ist Kommunist. Kirchhoff ist Kommunist; in jedem Falle besteht der Verdacht, daß eine Belastung von Jungen möglich ist. Also kann Obach keine Verteidigung übernehmen, und sein Sohn Horstmann gehört aber mit dazu. Das ist die objektive Justiz der Welt".

Die Niednerjustiz behandelt die kommunistische Partei als geheime staatsfeindliche Verbindung. Sie verurteilt Kommunisten auf Grund eines Gesetzes, das die gefährlichen Bünde, die Antihaupt und Gruppe ermordet haben, trocken sollte. Die Regierung muß zu dieser Frage jetzt Rede und Antwort stehen. Die KPD ist eine Organisation von Millionen Anhängern. Sie besteht in ganz Deutschland und ist in allen Parlamenten, auch Kommunalparlamenten, vertreten. Wie kann man eine solche große Partei als geheime staatsfeindliche Verbindung im Sinne des § 7 des Republikanerrechtes aufstellen? Niedner erklärt dem Rechtsanwalt Herzfeld wörtlich:

"Die KPD ist bis zum heutigen Tage eine staatsfeindliche Verbindung. Doch sie aus Staatsräten nicht verbürgt wird, ist für das Gericht bedeutungslos."

Damit liegt sich der Klägerrichter Niedner über die Gesetze hinweg und treibt als „objektiver“ Richter Politik. Nun kommt ein für einen Richter besonders peinlicher Fall. Am 7. August 1924 wurde ein Prozeß unter Niedners Leitung durchgeführt und als Richter schwere Strafen verhängt.

Die Geme geschützt — um die Bürgerkriegsarmee zu schützen

Von Rechtsanwalt Odusch, Mitglied des Gemeinkomitees.

Das Schwarzergericht in Landsberg hat sein Urteil gesprochen. Der einzige Angeklagte, der nicht als Saänder bei den Mordhandlungen oder als Hinterer bei der Ausführung der Mordtat mitwirkte, der Oberleutnant Schulz, ist freigesprochen. Seine Abwehrrede hat das Gericht dadurch erreicht, daß es alle Zusammenhänge, die keine Rolle hätten können, verschafft, den Prozeß gegen die Geme der Schwarzen Reichswehr zerstört und getrennt einzelne Taten verhandelt, bei denen die Männer unsichtbar blieben.

Mehrere hatten geglaubt, in dem „großen Geme-Prozeß“ mit Oberleutnant Schulz als Angeklagten wird man die volle Wahrheit erfahren. Auch die bürgerlichen Blätter müssen gehen, doch das nicht der Fall war. „Die Auflösung der Geme ist nur möglich, wenn man den Haden oben ansetzt“, schrieb die „Böllische Zeitung“. „Weshalb hört man nicht viele Generale und Generalleute?“ „Weshalb beschwört man nicht vor dem Richtertisch die Leiter der Schwarzen Reichswehr?“ So fragten bürgerliche Blätter.

Die Beantwortung dieser Fragen ist nur möglich, wenn man die Zusammenhänge des Jahres 1923 politisch übersehen.

Die Bucheder, Schulz und Konsorten konnten mit idealistischer Seite auf ihre „Verdienste am Vaterland“ hinweisen. Nicht Waffenammler und Waffenreiniger durch hoffnungslose Isolierung ließ ihre wirkliche Aufgabe gewesen. Sie nehmen für sich in Anspruch im Ruhrabwehrkampf für Sperrgräben und Sabotageakte die unerschöpflichen Leute aus ihren Reihen gestellt zu haben. Und zwar im Einverständnis mit der Reichsregierung. Bucheder bezeugt eidlich, die geheimen, über militärische Aufgabe der Arbeitskommandos hat Gehörer in seiner Deutscher untergeschlagen; sie war der Aufbau der Landesverteidigung im Osten des Reiches. Das sind die Krieger, mit denen man die einfachen Soldaten für die Schwarze Reichswehr erwarb.

In Wirklichkeit wurde die illegale Bürgerkriegsarmee gegen die Arbeiterschaft aufgestellt. Der Zusammenbruch von Währung und sozialem Widerstand stellte der Bourgeoisie die Erhebung der Arbeiterklasse aus Rot und Verzweiflung drohend vor Augen. Gegen die „inneren Unruhen“ wurde daher besonders die Reichswehr durch ungültig hoch ausgefüllte Arbeitskommandos und Zeitfreiwillige verstärkt. Gehörer selbst sagt über die Sichtung:

Mit meiner ausdrücklichen Zustimmung geschah dies, als im Sommer 1923 sich die Dinge in Deutschland zum Bürgerkrieg zwischen drohten und der Chef der Heeresleitung die Auffassung vertrat, daß bei einem großen Bürgerkrieg die Kräfte der Reichswehr nicht ausreichend seien, um der Bewegung Herr zu werden...“ (Berliner Tageblatt vom 31. Oktober 1923).

Gehörer, der Demokrat, stand an der Spitze der Reichswehr. Er soll nicht gewußt haben, daß Zeitfreiwillige und Arbeitskommandos fast planmäßig aus den gefährlichsten Gegenden der Republik den Verbündeten der O. C., Werwolf, Witling und Olympia rekrutierten? Severing, der gefeierte Mann, selber der Republik eine verfassungssurene Beamenschaft und Stabskapitän ihres, soll nur amüsische, papierne Kenntnis gehabt haben über die wirklichen, von rechts drohenden Gefahren? Sicherlich, das zu glauben!

Aber diese „Gefahren“ für die Republik waren völlig unbekannt im Augenblick, als es um die ganze kapitalistische Ordnung ging. Landbund und Großindustrie haben die Macht um Unterhalt für die Schwarze Reichswehr gegeben, sie haben den legalen Reichswehr bewußt war, als Landsknechte im Feldzug zu führen. Angefangen bei Herrn v. Oppen, dem Oberbefehlshaber von Summen in „hellebiger Höhe“, wie er als Zeuge im Gemeauschluß des Landtages gestand, bis zu Herrn Ebert, der die Generaldiktatur errichtete, war man in diesem Augenblick einzig Herr Gehörer und Herr Severing als „gute Kapitäne“ standen an der Spitze von Heer und Polizei. Das hat nichts gehindert, daß um Haarsbreite der Republik das Lebenlicht ausgelöscht worden wäre. Die Bourgeoisie steht auf die Staatsform, wenn sie das Kapital gesichert bleibt.

Die Justiz hat die Aufgabe, wenn sie an die Auflösung der Verhältnisse des Jahres 1923 herantritt, dem Vol. die demokratischen Illusionen zu erhalten, ohne die es ein Erwachen der Klassebewußtheit der gesamten arbeitenden Bevölkerung geben würde. Kann sie also einem Antrag folgen, Herrn Gehörer, Herrn Severing, Herrn General v. Seitz als Zeugen zu laden? In dem Augenblick, als der Vertreter des Nebenklagers in der Mordache Gödts diejenigen Antrag stellt, versiegt der Prozeß — der Vorzug!

Die Justiz darf nicht entscheiden, daß auch die „verfassungswidrigen Gewalten“ im Herbst 1923 auf die Staatsform gewissen haben und die „Sicherheit“ der Republik Schindern und Verzerrungen anstreben, die durch ein verschworenes Offizierskorps geleitet wurden und mit echten Truppenausweisen, den Unterschriften des Reichswehrministers und seiner Stabschefs rechnen waren. Dafür kann es keinen Prozeß gegen die Schwarze Reichswehr mit einem Erscheinen ihrer Väter und den Ministerialen vor den Toren des Gerichts geben. Dieser Prozeß muß zunächst bis zur Unmöglichkeit, aufgeteilt in die Verfolgung der Einzelheiten geführt werden. Vergleichlich sind alle Anträge auf Verbindung der zusammengehörenden Sache gestellt worden. Sollte Vorgänge ein- und dieselben Tages wurden in verschiedenen Bezirken getrennt verhandelt. Wie sollte es sonst ein Zustreten der Gemeinschaft als Zeugen geben, die gegenseitig freischwören und erklären, wie etwas von der Beleidigung von Befürwortern geahnt zu haben?

Etwas ganz anderes ist es für die Justiz, wenn sie gegen Angeklagte verbündet, die in der Arise des Jahres 1923 auf Seiten der Arbeiterschaft standen. Der Staatsgerichtshof „Schule“ der Republik kann keinen Hochverrat vor rechtes aus dem Jahre 1923, das Reichsgericht kann ihn ebenso wenig bereit sein, gegen die Monarchisten Leib und Leben einzusetzen, so waren es die Arbeiter unter Führung der Kommunisten.

nationalen Partei. Unzählige Prozeße, unzählige Jahre Gefängnis und Zuchthaus sind Ihnen dafür präsentiert worden.

Jetzt schlägt sich die Justiz an, den großen Prozeß gegen die Führer der Arbeiterschaft im Jahre 1923, gegen die Führer der kommunistischen Partei zu führen. „Vorbereitung des Hochverrats“ heißt der alles verbindende juristische Gesichtspunkt. Die Vorkommnisse in den entlegenen Ortschaften sind in der Anklage aufgeführt, die dümmsten Verleumdungen wiedergegeben, die schon in anderen Prozeßen entlarvten Spielchen sind als Zeugen herangeholt.

Sollte man es wagen, diesen Monstre-Prozeß zu initiiieren, so wird alles davon gezeigt werden, daß die Auflösung der Geme-Prozeße noch vervollständigt wird.

Schon die Lehren der Geme-Prozeße sind eindeutig genug.

Als die deutsche Bourgeoisie 1922/23 voransah, daß sich die Weltkriegen gegen eine unerträgliche Ausplunderung durch die Inflation zur Wehr seien würden, hat sie im Einverständnis mit der Entente die Reihen ihrer Bürgerkriegsarmee ausgefüllt. Mit Hilfe dieser Arme hat sie unter der Seeckt-Diktatur den Frieden und eine Reihe wichtiger Errungen erlangt.

Die deutsche Bourgeoisie wird nicht zögern, zu ähnlichen Mitteln der Gewalt zu greifen, um in diesem Winter die Erwerbslosen niederschlagen und um Unternehmer und Regierungskräfte durchzuführen. Nicht zuletzt deshalb mußte man Schulz freigesprochen werden. Man will diese Leute wieder verwenden können.

Die starke Lehre aus dieser Sachlage ist, daß alle Angehörigen der schaffenden Schichten unter Führung der Kommunistischen Partei eine feste, unüberwindliche Abwehrfront bilden müssen.



Bringt das laue Ohr zum Erfolgen, lädt eure Stimme freihalten zum Kongress der Werkstätigen, wählt Delegierte!

Zur Wendung im Falle Max Hoelz

Gerichts- und Justizbehörden verloren vergeblich, die Wahlheit über den Fall Max Hoelz am Durchdringen zu verhindern. Die Wahlheit ist doch auf dem Markt.

Am 2. November trat der Reichskammertag-Ausschuß unter Vorsitz des Vorsitzenden des SPÖ, dem Abgeordneten Dr. Moses zusammen. An der Sitzung nahmen teil: Dr. Moses (SPD); Frau Mende (DKP); Hesse (Democrat); Großmann (SPD); als Vertreter des Reichsjustizministeriums waren der Oberregierungsrat Richter und der Ministerialdirektor Schmidt erschienen. Genosse Max Hoelz wurde durch den Reichsverteidiger der kommunistischen Reichsregierung. Genossen Felix Halle, vertreten.

Die Vertretung des Genossen Hoelz beantragte, den Rechtsanwalt und Notar Dr. Apfel, der das Wiederaufnahmeverfahren für Max Hoelz betreibt als Auskunftsperfor darüber zu hören, daß sich bei ihm ein Teilhaber der Hoelz'schen Truppe gemeldet habe, der seinerseits auf dem Gute Roßhügel zugeregen war und sich dazu bestimmt, die Revoluzzerhöhe auf dem Gute heft abzugeben zu haben, die Hoelz im Urteil des Mobiliar-Sondergerichts zur Haft gelegt wurden. Ebenso bekannte sich dieser Teilnehmer auch dazu, den Willi Günther, der wegen Märitäterschaft am Todesfall des Guischeders Hes zu 7½ Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist, aufgefordert zu haben, auf Hes zu schießen, weil er, der wirkliche Täter, sich von Hes bedroht fühlte. Auch diese Aufforderung zum Schuß ist als Feuerkommando dem Genossen Hoelz zur Haft gelegt worden.

Weiter beantragte Genossen Halle, den bisherigen Hauptbelastungszwischen zu hören, der gleichfalls vor dem Notar erklärt habe, daß seine damalige Aussage, durch die Hoelz entscheidend belastet worden ist, auf einer Verlogenheitsverstellung beruhe.

Der Ausschuß setzte die Entscheidung über die Anträge aus und hörte zunächst den Rechtsanwalt und Notar Dr. Apfel informatorisch. Der Ausschuß kam zu keiner Entscheidung über die Anträge, sondern beschloß unter dem starkenindruck dieser Mitteilungen seine Verlegung.

Die Richter des Berliner „Vorwärts“, daß der Ausschuß die Entscheidung der Angelegenheit dem Wiederaufnahmeverfahren überlassen wolle, muß als unrichtig bezeichnet werden. Gewiß soll das Wiederaufnahmeverfahren mit aller Energie betrieben werden. Wie aber der Vertreter des Genossen Hoelz im Ausschuß betonten, sind die Bestimmungen über das Wiederaufnahmeverfahren derartig stark und veraltet, daß selbst die Regierung gezwungen war, bereits in neueren Entwürfen z. B. in der Reichsdisziplinar-Erstaufnahme ergänzende Bestimmungen für die Wiederaufnahme eines Verfahrens vorzusehen.

Der wirkliche Täter, der verhext und Jammer weiter ist, beschäftigt sich nach Erledigung seiner persönlichen Angelegenheiten selbst zu stellen.

Die Arbeiterschaft fordert, daß sofort nach der Siedlung des Täters der Amnestieausschuss zusammentritt und für die sofortige Freilassung des Genossen Hoelz Sorge trägt. Es ist unerträglich, daß juristische Zwischenfälle des Wiederaufnahmeverfahrens benutzt werden, um einen Unschuldigen noch länger im Zuchthaus zu halten.

Das Spiel mit den Erwerbslosen Die Rolle der SPÖ im Stadtparlament

Am 19. November 1925 brachte der Stadtvorordnete Hinsterbusch (SPD) im Dresdener Stadtparlament einen allgemein geballtenen Antrag ein, wonach der Rat Maßnahmen ergreifen sollte, um die Not der Erwerbslosen zu lindern. Dieser Antrag wurde eingereicht, nachdem vorher die Kommunisten mit einem Antrag gefordert hatten, Wirtschafts- und Geldbeihilfen für die Erwerbslosen zu bewilligen. Es war die Absicht der SPÖ, mit diesem Antrag die Forderung der Kommunisten abzuwenden. Das ist ihnen auch gelungen. Einige Zitate, die dem amtlichen Stenogramm entnommen sind, sollen das Verhalten der SPD-Fraktion beleuchten.

Stenogramm vom 19. November 1925, 32. Sitzung

Hinsterbusch: (Seite 1055)

„Ich habe absichtlich und bewußt von der gittermäßigen Festlegung der Forderungen abgesehen, weil es mir darauf ankam, den Erwerbslosen schnellstmöglich zu helfen.“

Weiter unten:

„... und ich hoffe zuversichtlich, daß der Rat schnell arbeiten wird...“ (Die Vertreterin selbst ist gutvoll! D.R.)

Bürgermeister Küls:

„Der Antrag Hinsterbusch erscheint uns als eine durchaus geeignete Grundlage, um auf schnellstem Wege zu einem Ergebnis zu kommen.“

Weiter unten:

„Ich sage Ihnen zu, wenn Sie den Antrag Hinsterbusch annehmen, werden wir Ihnen in kürzester Frist annnehmbare Vorlage machen und uns bemühen, der Erwerbslosennot zu befreien.“ (Redezeit Jurat bei den Kommunisten.)

Große (Deutschland):

„Ich möchte Ihnen für meine Fraktion auch den Vorhang machen, den Vorhang Hinsterbusch glatt anzunehmen.“

Antwort Hinsterbusch:

„Werner, Du weißt doch ganz genau, daß das nicht erfüllt werden kann, was Du fordern.“

Röß (SPD): (Seite 1057)

„Wir haben als Sozialdemokraten in diesem Raum nicht erst einmal, sondern wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß wir für diese sogenannten ehemaligen Unterstützungen nicht zu haben sind.“

Weiter unten:

„So belasten wir z. B. die Stadt Dresden, die das Unglück hat, immer mit einer großen Anzahl Erwerbslosen rechnen zu müssen, viel mehr als beispielsweise Leipzig, Chemnitz und andere Städte.“

Weiter unten: (Seite 1058)

„Es liegt aber auch so, daß die Erwerbslosen, die noch einen Wert auf ihre eigene Sichtung in der Gesellschaft legen, es immer als eine für sie äußerst unangenehme Sache

empfinden, wenn sie Unterstützungen entgegennehmen müssen.“

Röß: zur Geschäftsausordnung (Seite 1063)

„Ich bitte, den Antrag des Herrn Stadtvorordneten Werner und Genossen unter Nr. 24 (kommunistischer Antrag) als durch die Annahme des Antrags Nr. 26 (SPD-Antrag) für erledigt zu betrachten.“

Seite 1067:

„Wir werden infoideellen nicht für den Antrag Werner stimmen, sondern glauben, daß mit Annahme unseres Antrages mehr erreicht werden kann, als mit der Annahme des Antrags Werner. Wir Sozialdemokraten lehnen den Antrag ab.“

Wirtschaft ein widerliches Spiel. Die Wünsche der Erwerbslosen, meint die SPÖ, sind nicht zu erfüllen. Also sicherlich, die des Prinzen und des Generalmusikdirektors schon eher. Küls, der Finanzdezernent und das gesamte Bürgertum loben die SPÖ, weil sie wieder einmal die Kapitalisten und ihrem Rat vor einem kommunistischen Antrag gerettet haben.

Arbeitsbrüder! Erwerbslose!

Gebt am 14. November die rechte Antwort:

Wählt Kommunisten! Liste 4!

Die Kommunisten für die Erwerbslosen

Folgender Brief ging der Fraktion am 25. April 1926 zu:

„Sehr geehrter Herr Stadtvorordnete ...“

Unser sozialer Beauftragter spricht hiermit im Namen der gesamten Bevölkerung den Dank aus für Ihr im Interesse der Bevölkerung geleistetes Wirken in unserer Mietangelegenheit. Obgleich wir das nicht erreicht haben, was wir erreichen wollten, so ist das darauf zurückzuführen, auf Grund der Zusammensetzung des Verwaltungsausschusses der Stadtvorordneten, mithin aber doch ein Erfolg. Dieser Erfolg war dadurch zu erreichen dank Ihres Wirkens im Stadtparlament, zugleich aber auch durch das Zusammenhalten der Bevölkerung.

Mit dem Ausdruck der Hochachtung

zeichnet J. A.; M. L.

Es ist dem nachdrücklichen Eintreten der Kommunisten gelungen, auch die militärische Haushaltung umzugestalten, wie eine neuverfasste Ratsvorlage beweist.

Die Kommunisten werden in ihrem Kampfe nicht erschrecken.

Darum wählt Liste 4:

Schrapel — Siegel — Frau Wetzel!

Wählt bei den Gemeindewahlen am Sonntag, 14. November nur die Liste der Kommunisten!

Dresden

5. November 1922: Beginn des 1. Kongresses der Komintern in Petrograd (bis 5. Dez.). — 1921: Amtsantritt des Kabinett Braun in Preußen. — 1918: Generalstabschef in Kiel. Bildung von Arbeiterräten. Rote Gouverneur von Kiel. Ausweisung der sowjetrussischen Botschaft aus Berlin. Deutsches Waffenstillstandsangebot an die Entente. Generalstabschef in Hamburg. Antritt an die 14. Flottille der Marine. Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Hamburg, Neumünster und Lübeck. — 1917: Russische Provinz. Regierung lädt Sowjet von Riga durch Militär auseinanderzutreten.

Aus dem Stadtparlament

Die letzte Stadtvorordnetenversammlung vor den Wahlen war recht kurz. Unter den Eingängen wurde auch ein Schreiben der Frau Böhme verlesen, worin sie ihren Austritt aus der kommunistischen Fraktion bekannt gibt. Wir behandeln diesen Fall an anderer Stelle unseres Blattes.

Noch Eintritt in die Tagesordnung wurde die erneute Beleppung des Antrages der Röntgenabteilung der städtischen Sollonarbeiter begründet mit der Notwendigkeit der Verweitung an den Finanzausschuss. Damit wird die Behandlung des Antrages hinausgeschoben bis nach den Wahlen; inzwischen sind die Sollonarbeiter entlassen und die Abberufung des Antrages kann dann ohne Rücksicht erfolgen. — Schurig glänzt dann mit einem Deliktsantrag für die Reichsopfer, den er selbst als Machtmissbrauch bezeichnet. Gegen die kommunistischen Stimmen wird die sofortige Schlüsselertung abgelehnt.

Das der Tagesordnung, die ohne Bericht erledigt wird, ist nur hervorzuheben ein Antrag des Herrn Lode, der sich mit Förderung von Beamten der Stadt, der Sanktuariumsbahn beschäftigt. Er wird angenommen. Ein im Mai d. J. im Auftrag der kommunistischen Fraktion gestellter Antrag von Rückforderungen für Sachleistungen an Kinder-Erwerbslosen und Kurzarbeiter unabhängig des Schulents�ts oder der Entlastung wird mit der Abstimmung zugestimmt, daß Rückforderungen „nur in besonderen begründeten Fällen“ gestellt werden sollen.

Als letzter steht Frau Boden als Vertreter der Bürgerlichen einen „außerordentlich wichtigen“ Antrag, der sich mit der Rot angastochner — Schweine beschäftigt.

Die kommunistische Fraktion stellt einen Dringlichkeitsantrag, der sich gegen das Verbot des Zeitungverkaufs und das Verteilen von Flugblättern vor dem Zentralarbeitsausschuss wendet. Herr Wagner, der selbst erworben ist, kennzeichnete die neuesten Schikanen mit treffenden Worten. Unter stürmischem Brausel der Kommunisten wurde auch der Antrag in die Datumsammer verworfen.

Damit ist die Tagesordnung „erschöpft“. Es folgt eine nichtöffentliche Sitzung.

Aus Böhmen

In der Stadtvorordnetenversammlung vom 4. November wurde der Austritt von Frau Böhme aus der KPD-Fraktion bekanntgegeben.

Frau Böhme wurde für die bevorstehende Auswahl von der Partei nicht mehr auf die Liste gelegt, auf Grund rein persönlicher Differenzen, die zwischen der Mitgliedschaft und Frau Böhme seit längerer Zeit bestanden. Frau Böhme ist vertraut aus der Partei ausgeschlossen, nur weil ihr das Mandat entzogen wurde. Dieses Verhalten widerspricht allen Gesetzen der Arbeiterbewegung. Die Partei hat demnoch richtig gehandelt, da Frau Böhme nicht mehr mit dem Mandat für die Stadtvorordnetenversammlung betraut.

Auf der Liste der Stadtvorordnetenwahl steht unter schwachsinniger Nummer Hans Neuhof an hinter, aber aussichtsreicher Stelle. Er wird fünfzig im Rathaus die Interessen der Opfer des Krieges und der Arbeit vertreten.

Mann über Bord! Die Fahne aber steht — das hat der 21. Oktober bewiesen.

Wählt am 14. November die Liste 4:
Schrapel, Siegel, Dora Wettinger, Werner,

Aus Thüringen

1920 mietierte Zimmer.

Das städtische Wohnungsamt teilt mit: Während trotz steriler Erfüllung am selbständigen Wohnungsmarkt noch immer harter Mangel besteht, hält das gestiegene Angebot an mietierten und leeren Untermietzimmern an. Im zweiten und dritten Vierteljahr 1926 (März bis September) sind beim Wohnungsamt rund 3000 mietierte und 600 leere Untermietzimmer, sowie 321 Schlafstellen als vermietbar angesiedelt worden. Bei den Untermietzimmern handelt es sich meist um Einzelzimmer. In 914 Fällen sind aber auch zwei, drei, ja sogar vier Zimmer zusammen als vermietbar angesiedelt worden.

Die freien Räume gibt das Wohnungsamt durch Anschlag in der Hausschlüsse des Wohnungsamtes Ferdinandstraße 17, und in den Stadtbezirksinspektionen täglich bekannt. Es liegt deshalb in den eigenen Augen der Vermieter, rechtmäßig ihre Räume zur Vermietung beim Wohnungsamt anzumelden. Die Anmeldung, die übrigens auch geistlich vorgeschrieben ist, kann ebenso wie im Wohnungsamt bei jeder Stadtbezirksinspektion geschehen. Sie ist kostenfrei, ebenso wie die Abmeldung.

Diese ununterbrochene Steigerung der Zahl der „freiegehenden mietierten Zimmer“ ist alles andere als ein Zeichen für eine Besserung der Lage auf dem Gebiete des Wohnungswesens. Im Gegenteil ist sie als ein Symptom für das Steigen der Verelendung von Schichten zu betrachten, die früher einmal in der Lage waren, eine menschenwürdige Wohnung zu bezahlen, heute aber in der Umklammerung der großen kapitalistischen Wirtschaft auch auf diesem Gebiete sich genötigt sehen, ihr „gutes Zimmer“ vermieten zu müssen, um womöglich aus dem ehemals gesicherten Untermieter für sie unerträglich hohe Miete herauszuholen. Dieser gegenwärtige Auspauerung und Ausbeutung muß ein Damm entzogen werden. Die wertvollen Schichten, der betrogenen Mittelstand und die Arbeiter, Angestellten und Beamten müssen gemeinsam diesen Willen befinden und mit denen zusammen kämpfen, die auf dem kommenden Kongress der Werktäglichen die zu ergreifenden Maßnahmen beraten und beschließen wollen. Sie müssen aber auch bei den Gemeindewahlen am 14. November der Partei die Stimme geben, die einen Kampf organisiert und führt;

Der Liste der Kommunisten:
Schrapel, Siegel, Dora Wettinger.

Für die Revolutionskundgebung am 7. November
müssen sämtliche Jähne aller Dresden Gruppen hältestens Sonnabend abend im Sekretariat, Columbusstraße 9, abgegeben werden. Die Gruppen erhalten dieselben zur Demonstration zurück.

Rundgebung am 7. November

7. November

Gedenkfeier zum 9. Jahrestag der russischen Revolution

Dresden

7. November 1926, vorm. 10 Uhr, im „Kristallpalast“, Schäferstraße, verbunden mit Demokratie.

8. November 1926, abends 7.30 Uhr, im „Bürgergarten“, Löbau.

9. November 1926, abends 7 Uhr, in den „Annensälen“.

Zschachwitz

5. November 1926, abends 7.30 Uhr im Galhof Zschachwitz.

Wirma

7. November, im Volkshaus Wirma.

Verlegung der Kreispostlinie B auf ihren alten Routenweg. Von heute Freitag, den 5. November d. J. ab, fahren die Bagen der Kreispostlinie B nicht mehr durch den Planenlöhnen Ring und die Kaiserstraße, sondern wieder in beiden Richtungen durch die Görlitzer Straße.

Geleert. Wegen Tiefliegung im Bereich der erweiterten Flutrinne wird die verlängerte Oberbestrake zwischen dem Postamt und dem Bahnhof Koch u. Siersel und dem ehemaligen Bismarckbrunnen vom 8. November 1926 ab auf die Dauer der Arbeiten für den Fuß-, Fahrrad- und Reiterverkehr gelassen.

Freigegaben. Das seit dem 18. September 1926 gesperrte hohe Brücke ist für den Verkehr wieder freigegeben.

Bebauungsplanänderung in Nauhitz. Für das Gebiet, das umgrenzt wird von der Grünsberg- und Saalbaustraße, der beplanmäßigen Straße W und der Grenzstraße, ist ein neuer Flächennutzungsplan entworfen worden, der bis zum 1. Dezember Renteninstanz für jedermann in Neuer Katharinenstraße 19, 4. Obergeschloß, Zimmer 123, öffentlich ausliegt. Innerhalb dieser Frist müssen auch zur Vermeidung des Verlustes des Widerprüfungsrechts etwaige gegen den aufgestellten Plan beachtliche Widerprüchen bei dem Hochbauamt der Stadt Dresden schriftlich oder mündlich vorgetragen werden.

Rechtsprechung. Die verlebte Grafe musste noch am Samstag nach kurzen Wortwechsel der 62 Jahre alte Steinmetzmeister Johann Grafe und der 26 Jahre alte Steinmetzmeister Peter Heilig beide von hier, im Steinbecker Werner im Niederdeich in Streit. Im Verlaufe brachte Heilig dem Grafe mit einem Eisen beschlagene Stöcke schwere Verletzungen bei, und zwar unternehmliche heiterkeit. Unter- und Oberdeichschwund, Fuß- und mehrere Kopfwunden. Heilig schlug in bestialischer Weise zweimal auf Grafe ein und stampfte auf seinen Oberarm. Sogar der gerufene Arzt, Herr Dr. Alles, der die erste Hilfe leistete, wurde von dem Täter schwer bedroht und bedroht. Der verlebte Grafe mußte noch am Samstag nach kurzen Wortwechsel der 62 Jahre alte Steinmetzmeister Johann Grafe und der 26 Jahre alte Steinmetzmeister Peter Heilig wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Es ist sehr zu bedauern, daß Arbeitskollegen Grafe, von denen sich neben seiner Nähe befanden, nicht eingreifen. Auch die anderen Arbeiter, die nicht weit davon beabsichtigt waren, hätten den Widerstand nicht von seiner Tat ab. Nur zwei Arbeitskollegen versuchten, dem Täter in die Arme zu fallen, konnten aber, da sie von den anderen Kollegen nicht unterstützt wurden, nichts ausrichten. Ein Gendarmer war natürlich nicht zu ihm. Nur wenn es gilt, einen Arbeiter mit seinen Möbeln auf die Straße zu lehnen, sind sofort 5 von diesen „Schülern“ zu sein. Aber hier ging es ja nur um das Leben eines Arbeiters, ob es etwas anderes.

Nadeberg. Am Freitag, den 5. und Sonnabend, den 6. November 1926, bleiben die städtischen Geschäftsstellen, den 6. November abends im Rathaus und im Stadthaus Grüne Linse, sowie die Zweigstelle im Stadtteil Löbtau wegen Feierabend geschlossen. Am beiden Tagen vormittags von 8 bis 10 Uhr jagen zu erledigen. Die Stadthaus (Gitterlau) und Sportplatz sind an beiden Tagen wie gewöhnlich geöffnet.

Königstein. (Werbung der Arbeiterzeitung.) Am Sonntag, 7. November, vormittags 9 Uhr findet im „Heinrichsdorf“ Königstein, eine öffentliche Versammlung statt. Sportgenossen Gauleiter Schied spricht über „Rechte und Pflichten beim Eintritt in den Deutschen Arbeiter-Kugelbund“. Gründung einer Ortsgruppe. Trotzdem Regierung von Königsberg, Osterode-Ottendorf, Schwepnitz und allen umliegenden Ortschaften sind herzlich eingeladen.

Löbau. (Der „Mahnzug“ der russischen Revolution.) Zur Feier der russischen Revolution gelangt am 7. November, vormittags 10.30 Uhr, der Großfilm „Sein Mahnun“ im Metropoltheater zur Aufführung. Die Grenade der russischen Revolution und des neuen Russlands werden aufgerufen, die Führung zu besuchen und damit ihrem Verfasser des Mahnun zu danken.

Wolfschütz. (Auch eine Einheitsfront.) Der SVD- und Reichsbannermann Paulisch aus Groß-Wolfschütz, der nicht verhindern kann, bei der Aufführung einer kleinen zur Gemeindewahl ausgeschaltete worden zu sein wegen leicht gefundenen Gemeindewahl, ging nun doch davon, lediglich seine einzurichten. Paulisch glaubt, mit seinen guten Vorsätzen auch weiterhin für seine Klasse schützen will können. Jetzt wo hat sich der „solide“ Held seine Kandidaten gefügt? Er prämiert als zweiten an der Spitze seiner Liste den deutlich nationalen Buchhalter Schröder, und dann noch einige weitere Helden, die sich scheuen, sich als Arbeiter zu erkennen. Einwohner von Groß-Wolfschütz, habt ihr schon vergessen, welcher Kampf geführt wurde bei der Volkszählung, wo die Leute vom Schläge Schröder kein Mittel unverzichtlich, um ihre gleichen durchzubringen? Der jetzige Vorsitzende Paulisch stand mit an der Spitze im Kampf gegen jene, mit denen er heute in einer Front marschiert. Auch ihr Arbeitelose, werdet Paulisch Tätigkeit als Gemeindewahlwähler zu schauen wissen. Also geht diesen Renegaten am 14. November die richtige Antwort! Wählt Liste Deutscher!

Neustadt (Döbisch). (Eine schwere Blüte.) Am Sonnabend, den 30. Oktober, nachmittags gegen 20 Uhr kam nach kurzen Wortwechsel der 62 Jahre alte Steinmetzmeister Johann Grafe und der 26 Jahre alte Steinmetzmeister Martin Heilig beide von hier, im Steinbecker Werner im Niederdeich in Streit. Im Verlaufe brachte Heilig dem Grafe mit einem Eisen beschlagene Stöcke schwere Verletzungen bei, und zwar unternehmliche heiterkeit. Unter- und Oberdeichschwund, Fuß- und mehrere Kopfwunden. Heilig schlug in bestialischer Weise zweimal auf Grafe ein und stampfte auf seinen Oberarm. Sogar der gerufene Arzt, Herr Dr. Alles, der die erste Hilfe leistete, wurde von dem Täter schwer bedroht. Der verlebte Grafe mußte noch am Samstag nach kurzen Wortwechsel der 62 Jahre alte Steinmetzmeister Johann Grafe und der 26 Jahre alte Steinmetzmeister Peter Heilig wurde festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt. Es ist sehr zu bedauern, daß Arbeitskollegen Grafe, von denen sich neben seiner Nähe befanden, nicht eingreifen. Auch die anderen Arbeiter, die nicht weit davon beabsichtigt waren, hätten den Widerstand nicht von seiner Tat ab. Nur zwei Arbeitskollegen versuchten, dem Täter in die Arme zu fallen, konnten aber, da sie von den anderen Kollegen nicht unterstützt wurden, nichts ausrichten. Ein Gendarmer war natürlich nicht zu ihm. Nur wenn es gilt, einen Arbeiter mit seinen Möbeln auf die Straße zu lehnen, sind sofort 5 von diesen „Schülern“ zu sein. Aber hier ging es ja nur um das Leben eines Arbeiters, ob es etwas anderes.

Selchowendorf. Die Kandidaten der Kommunistischen Partei sind: 1. Simm, Otto, Hilfsarbeiter Nr. 8216; 2. Ott, Otto, Polizei, Nr. 238; 3. Pörschke, Anton, Bügler, Nr. 49; 4. Förster, Arno, Schuhfabrikarbeiter, Nr. 608; 5. Hanke, Reinhard, Polizist, Nr. 565; 6. Henrichs, Ulrich, Holzdecker, Nr. 77E; 7. Sellert, Paul, Zigarrenmacher, Nr. 458; 8. Höhfeld, Richard, Maschinenzwicker, Nr. 307; 9. Böhmig, Gustav, Eisenbahnbauer, Nr. 1802; 10. Stolz, Arthur, Metallarbeiter, Nr. 593. Ein jeder Wartegenosse und Sympathisierender hat die Pflicht, die letzten Tage noch die Propaganda für diese Liste 4 zu verstärken, damit eine Mehrheit in das hiesige Gemeindewerktag einzieht.

Zum Tage

Große Wechselseitigkeiten.

Der Betrüger im Sanatorium.

Münster. Ein ganz bezeichnender Fall von Erfahrung von Wechselseitigkeiten hat sich hier zugestanden. Es wurde festgestellt, daß der Holländerräuber Schäfer alle 500000 M. Wechselseitigkeiten begangen hat. Der entlaufen Betrüger wurde nun nicht etwa ins Gefängnis, sondern in ein Sanatorium in „zur Untersuchung seines Gesundheitszustands“ überführt. Haben wir nicht eine barmherzige Justiz?

Bergarbeiterlos

Newport. In einem in der Nähe von Tübingen liegenden Bergwerk wurden 16 Bergleute verschüttet.

Mord und Selbstmord in geistiger Unnachfrage.

London. Der hiesige Großindustrielle Bruner erschoss seine Frau und sich in der Wohnung seines Schwiegersohnes, Prinz von Lichtenstein, in einem Anfall geistiger Unnachfrage.

Rundfunk

Sonnabend, den 6. November:

4.30–5 Uhr: Nachmittagskonzert der Dresdner Rundfunkkapelle. Dirigent: Gustav Agnate. 6.30–6.45 Uhr: Rundfunkstunde. 6.45–7.15 Uhr: Wie bleiben wir gesund? 7.15–7.45 Uhr: Porträtsreihe: „Grundfragen der Geschichte“ (Lectures vom Schön und der Kunst). 4. Vortrag: Dr. Hermann Boenigk: „Das Werk des Romantiken.“ 7.45–8.15 Uhr: Porträtsreihe: „Als Rundfunkmann ins Paradies.“ 1. Vortrag: Günter Doberitzky: „Vom Rundfunk nach New York.“ 8.15 Uhr: Wettervorhersage und Zeitangabe. 8.30 Uhr: Naturbilder. Mitwirkende: Gertrude Langfelder (Leipziger Schauspielhaus), Prof. Ad. Windfuhr (Rektorium) und das Leipziger Rundfunkorchester. Dirigent: Dr. Oskar Duse. 10 Uhr: Pressebericht und Sportfunk. 10.15–12 Uhr: Tanzmusik.

Beratsschulische Witterung am 6. November (Sonnabend): Mild, wolbig, strömweise neblig mäßig Regen.

7. November (Sonntag): Ziemlich mild, doch nur etwas läuter als Sonnabend, wolbig, zeitweise aufwirrend, bisweilen mäßige Niederschläge.

Verlag: „Arbeiterstimme“ — Druck: „Neunag“-Fiktiale Dresden
Verantwortlicher Redakteur Willi Schneider — Herausgeber

SLUB
Wir führen Wissen.

Kampf gegen die sozial-faschistischen Gewerkschaftsführer

In der am 25. Oktober stattgefundenen Generalsversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsstelle der Chemnitz, wurde ein Antrag der kommunistischen Fraktion angenommen, der vom Ortsausschuss Chemnitz die sofortige Auflösung des Sozialfaschistischen Kranz als 2. Vorsitzender des Kreisausschusses verlangt. Die sozialdemokratische Fraktion gab Zustimmung ab, daß sie die Maßnahmen von Kranz nicht mehr dulden, und er deshalb nicht länger Sekretär sein könnte.

Erst dieser Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion ist das kaum glaubliche geschehen, und zwar aus der am 28. Oktober stattgefundenen Ortsausschusssitzung, auf der der schon in der vorangegangenen Sitzung eingehobene Antrag des sozialdemokratischen Delegierten Starke auf fristlose Entlassung von Kranz zur Entscheidung stand. Auf dieser Sitzung brachten es die Wortführer der „Linien“ SPD Leute fertig, gemeinsam mit dem USPD-Kreisvorsitzenden Reinhold gegen den Antrag zu wetteilen. Die Folge davon war, daß Starke seinen Antrag zurückzog und der fachliche USPD-Hauptling Kranz abermals von den „Linien“ SPD-Gewerkschaftern gerettet wurde, indem die Sitzung dem Vorsitz des Kreisausschusses überließ, wann und wie er die Amtsentzugsurkunde Kranz ausstellen will.

Somit kann der von der gesamten Arbeiterschaft bekämpfte Gewerkschaftssekretär und 2. Vorsitzende des Chemnitzer Kreisausschusses mit Hilfe der „linken“ Gewerkschaftler auch fernherum den Namen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft sprechen, gleichzeitig die Mitgliedschaft seines Auschusses allgemein verteidigen, der sich nach seinen eigenen Worten aus den Gewerkschaften nicht so viel mache, wie man vom Fingernagel blasen könne.

Der von den Kommunisten wieder aufgenommene Antrag auf Entlassung von Kranz wurde gegen die Stimmen der „Linien“ abgelehnt. Diesem schändlichen Beschluss folgte ein Antrag, um zu verhindern, daß diese Schurken der „Linien“ auch vor der Wahl den Arbeitern bekannt wird. Auf Antrag der „Linien“ wurde ein Beschluss verabschiedet, der Presse zu verbieten, vor Montag, den 1. November, also vor der nächsten Landtagswahl von dieser Schandtat zu berichten.

Diese Tatsache beweist, daß es den „Linien“ bei der Kampagne gegen Kranz nur um ein Wahlmanöver zu tun war, um die Wahlbewegung als tapferen Streiter gegen die USPD-Gewerkschaften aufzuzeigen. Aber auch diese elende Komödie hat Schluß zu machen, wie es der fachliche Wahlauftakt zeigt. Wahnsinn und die Kommunisten auf Grund ihrer entschlossenen Kampfführung für die Interessen der Arbeiterschaft einen ungeheuren Triumph erzielt haben, was das laufende Vertrauen zum SPD, selbst unter Führung von „Linien“, nicht mehr aufzuhalten.

Die Abrechnung nicht nur mit den Sozialfaschisten, sondern auch mit den „Linien“ der SPD im Wahlauftakt zum Sächsischen Landtag begleitet mit einer glochischen Entwicklung auch in den Gewerkschaften, wie es das Resultat von 2. Vorsitzenden Generalsversammlungen ist, und zwar der Metallarbeiter und Eisenbahner in Penig beweist. Auf beiden Tagungen wurde mit Auflösung Kranz genommen von dem Vorsitzenden des Kreisausschusses Kranz in der Ortsausschusssitzung des Chemnitzer Kreises, und die Durchführung des bestehenden Antrages auf Entlassung des Sozialfaschisten Kranz von seinem Posten verlängert, um solche Renegaten aus den freien Gewerkschaften zu entfernen.

Wahnsinnige Rationalisierungsmethoden

Was die Dampfbahn vorbereitet.

Das Zentralorgan des Zentrums, die „Germania“ veröffentlicht unter dem Titel „Gefährliche Experimente“ nähere Angaben über die neuen Rationalisierungsmethoden, die von der Dampfbahngesellschaft unter der Leitung Dorpmüllers vorbereitet werden. Gerade jetzt, wo der Prozeß im Leiserde bekannt hat, kann man mit verdoppelter Klärheit sehen, wohin die Einheitsmethoden durch Personalabbau und Befristigung zur Streckenüberwachung führen.

Auch der „Germania“ hat die Dampfbahngesellschaft ein neues Rationalisierungsprogramm erneut ausgearbeitet; mit dem Hauptzweck, wieder möglichst viel Eisenbahnpersonal einzusparen. Die Vereinfachung soll nicht auf den Nebenbahnen, in den Direktionsbezirken Königsberg, Stettin und Trier verharrte eingeschlossen werden. Bei dieser Untersuchung soll festgestellt werden, wie weit die Dienstverrichtungen des bisherigen Stationspersonals dem Zugpersonal noch mit übertragen (!) und das Stationspersonal abgebaut werden kann.

Zu den Rüstlinien wird zweitens der Betriebsdienst behandelt. Das Fahrdienstfahrten soll erheblich eingeschränkt werden, zum Teil ganz fortfallen. Besonders ausgewählte Stationen bleiben ausgenommen. Hier ist der Zugführer Fahrdienstleiter und Aufsichtsräumer. Auf Nebenbahnen, auf denen gleichzeitig mehrere Züge unterwegs sind, übernimmt die Regelung des Zugverkehrs der Fahrdienstleiter einer benachbarten derselben Station. Vor

der Einfahrt eines Zuges in eine unedle Station hat, sofern nicht einwandfrei feststeht, ob die Fahrtstroh frei ist, der Zug am Einfahrtssignal zu halten. Die Möglichkeit von großen Unfallsäulen, zusammenstoßen, wird durch diese Methoden bedeutend gefährdet. Dem Lokomotivpersonal sollen folgende Arbeiten neuvergabt werden: Bei Zügen, die ohne Zugbegleiter fahren, übernimmt der Lokomotivführer die Sicherheit des Zugführers, während der Heizer auf der Lokomotive verbleibt. Bei einfacheren Verbäumen hat das Lokomotivpersonal während der Zeit, in der es nicht mit der Instandhaltung der Lokomotive beschäftigt ist, Arbeitserden zu verrichten: Bekohlen, Auswaschen, Auswaschen und Abziehen der Lokomotive, kleinere Unterhaltsarbeiten, Wasserpumpen und dergleichen. Der Zweck dieser Rationalisierungsmethoden ist neben dem Personalabbau, ohne Rücksicht auf die ungeheure Gefährdung der Sicherheit des Zuges, auch die Befristigung der Beamtenrechte der unteren und mittleren Eisenbahnamtler.

In den Rüstlinien über die Bahnhofserhaltung und Bahnhofswartung wird erklärt, daß es in Zukunft bedachtigt sei, auf Nebenstrecken Signale, Weichenlaternen, Rottelscheiben, Läuteteile, Weichenanlagen in vielen Fällen zu beseitigen. Auch die Unterhaltsarbeiten an Gleisen und Weichen sollen ebenso erheblich eingeschränkt werden (!!). Die Nebenbahnamtler werden bis 40 Kilometer Streckenlänge ausgedehnt. Die Zahl der Unterhaltsarbeiten wird auf das geringste mögliche Abschrafft. Die Strecken sollen nur noch dreimal wöchentlich begangen werden und bei einfacheren Verbäumen, im Einverständnis des Reichsverkehrsministers, nur noch einmal wöchentlich. Diese geplanten Maßnahmen sind die heile Hölle dafür, daß jeder fantatische und auch sogar dumme aufgezogene Altersplan irgendwelches Pischopatzen vollständig gelingen kann, wegen mangelnder Streckenüberwachung. Durch die Einschränkung der Unterhaltsarbeiten an Gleisen und Weichen steigt ebenfalls rapid die Möglichkeit von groben Eisenbahnglühen, die durch unterwühlende Geleise, verhaulte Schwellen und ähnliche Dinge hervorgerufen werden.

Während Dorpmüller mit brutaler kapitalistischer Willkür diese wahnsinnigen Methoden der Rationalisierung ohne Rücksicht auf die Betriebssicherheit der Dampfbahn und (selbstverständlich!) ohne jede Rücksicht auf das gefahrene und der Rolle der Lokomotivverantwortlichkeit überfeierte Personal macht, zeigt er gleichfalls gegenüber dem fahrenden Publikum eine schamlose Rücksichtlosigkeit. So sind z. B. in den neuen Rationalisierungsmethoden Richtlinien über die Gepäckannahme enthalten, die eine Verhöhnung der Reisenden darstellen. Der Zugführer soll, wenn Verzug bei Annahme des Gepäcks nicht möglich ist, auch als offizieller Schäfer des Gewichts auftreten. Er wird also auch als Schäfer ausgebildet. Auf den Gepäckwagen soll durch Aufdruck vermerkt werden, daß das Gepäck am Zugabzug

Soll es so weitergehen?



Arbeiter, lehnt die Preisfestsetzungen, die mittels Anwendung der Stoppnachfrage erfolgen, ab! Kauf der kapitalistischen Rationalisierungspolitik!

Mäßige Delegierte zum Kongreß der Werkstätigen!

holen ist. Der Reisende, der sein Gepäck am Tage vorher aufgibt und auf einer Unterwegsstation Aufenthalt nimmt, wird gezwungen, sein Gepäck von Station zu Station expedieren zu lassen, da es immer am Zug abgeholt werden soll. Die Zugführer sollen Abfertigungsgefechte bei der Güterannahme und Güterausgabe überzeugen erhalten. In den einzelnen unterliegenden Stationen soll die Annahme und Ausgabe von Gütern nur zu bestimmten Tagesstunden durch einen Abfertigungsbeamten, der von einer benachbarten Dienststelle geladen wird, erfolgen. Die Annahme und Ausgabe der Güter durch den Zugführer hat in den Außenbahnen der Züge zu erfolgen.

Die „Germania“ meint, daß die Konsequenz dieser Vereinfachung des Arbeitsbetriebes kein wird, „das weitere Jahrtausende von Beamten und Arbeitern abgebaut werden, weil es der Methoden geprägt.“

Das in einem Leben bedrohte Publikum der Eisenbahnen muß den Kampf der Eisenbahn und Eisenbahnamtler gegen die Schändpläne, gegen die rücksichtslosen Schindermethoden, des Herrn Dorpmüller führen. Der schweflige Kampf gegen die Herausprüfung der Dampfzinszahlungen auf Kosten der Lebensversicherung der Reisenden, auf Kosten einer unerhörte gefeierte Ausbeutung der unteren Beamten und Arbeiter der Dampfbahn und neuer tiefer Entlastungen, muß aufgenommen werden. Der Kongreß der Werkstätigen wird die Kraft der Arbeiterschaft und der unteren Beamten — an der Dampfbahn wie in Privatbetrieben — sammeln und zusammenfassen zur starken einheitlichen Kampffront gegen die kapitalistische Rationalisierung, gegen ihren wahnwitzigen Menschenmodus.

Holzarbeiterversammlung in Dresden

Die am 28. Oktober stattgefundenen Mitgliederversammlung spiegelte schon deutlich die Wahlergebnisse des 31. Oktober vorwärts, zeigte sehr gut die Anzeichen der Bildung eines linken Flügels unter den Holzarbeitern.

Die Debatte zum Vierteljahrbericht wurde beherrschend von dem Verlangen der Holzarbeiter nach aktivem Vorgehen der Gewerkschaften. Der Vierteljahrbericht der Verwaltung, der von kleinen Lohnstreitigkeiten, Lohndifferenzierungen, Lohnablagen sprach, zeigte, daß die Verwaltung nicht schlechter wie die anderen Gewerkschaften gearbeitet hat. Doch was bedeutet diese Arbeit angehört der Tattheit, daß seit Jahresfrist die Zahl der arbeitslosen Holzarbeiter die Ziffer 1000 als Richtungspunkt gehalten hat, daß diese 1000 dauernd von den Unternehmern als Lohnabdruckmittel gegen die Arbeiter ausgespielt werden, daß die Kollegen mit Löhnen austommen müssen, die schon vor Jahresfrist als völlig unsufficient bezeichnet wurden, daß die Arbeit dauernd „rationalliert“ werden? Hier verfolgte die Strategie der Verwaltung. Hier setzte die Kritik der Opposition ein, die hierbei auf den Kongreß der Werkstätigen als Auftakt zur Sommer- und Aufführung der Arbeiterschaft hinwies. Da sich hier der linke Wagner bemüht fühlte, gegen die Kommunisten vom Leder zu ziehen, die Kommunisten als die Ursachen der Indifferenz und Demoralisierung hinzustellen, wurde ihm beweisen, daß Leute wie Elsner, der kommende Kartellvorsteher, wenig Anteil auf Vertrauen der Arbeiterschaft machen können, daß die Abwertung des Hamburger Hafenarbeiterkrettes nicht ermutigend wirkt, das kommunistische Betriebsräte der Ica bis 70 Aufnahmen für die Gewerkschaften pro Woche erarbeitet, das kommt die Kommunisten aufschauend wirken.

Mehr Wert erhält der Verwaltung eine Entschließung an den ADGB bez. Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung, Verlängerung der Bezugsdauer, Befristigung der Bedürftigkeitsprüfung, gezielte Regelung des Achtkundertages und Bekämpfung des Überkundennagens. Diese platonische Erklärung, die zu nichts verpflichtet, die in den Parlamenten glaubt, die Angelegenheit zu regeln, die die Forderungen als Programm, ähnlich der 10 Punkte von 1923 gehabt hat, zeigt deutlich das Ausweichen jeder Massenmobilisierung. Während diese Entschließung einstimmig angenommen wurde, verfiel die Entscheidung für den Kongreß der Werkstätigen gegen eine starke Minorität knapp der Ablehnung.

Es wurden noch Anträge bez. Unterführung ausgesteuert. Kollegen angenommen, die besagen, daß ausgesteuerte Kollegen, die noch mehr als 13 Wochen Arbeit arbeitslos werden, Unterstützung erhalten, daß die Warzezeit 4 Wochen beträgt usw.

Im Gewerkschaftlichen wurde ein Antrag begründet bez. Rücklandberichterstattung und gegen die Stimmen einiger Unentwegter angenommen, so daß diesmal endlich die Dresdener Holzarbeiter Augenzeugen über die Verdämmung Rükken können. An den Kollegen wird es liegen, diese Verkennung, die im November stattfinden muß, zu einer impolitischen Kundgebung zu machen.

Die Versammlung, die wohltuend von früheren Versammlungen abwich, zeigt, daß bei ionischer Geschäftsführung eine soziale Arbeit im Interesse der Organisation geleistet werden kann, hoffen wir für die Zukunft das Gleiche.

Selbmann's Haferkakao

Plund Grenadierstraße
60 Pf. und Filialen

wie sie im gegenwärtigen unvernünftigen System an die verschiedenen Klassen der Bevölkerung erfolgt.

Da die Leute in Abteilung 1 und 2 gewöhnlich für die würdigsten und verdienstvollsten angesehen werden, geben mit Ihnen zwei Drittel vom Ganzen.

Der Rest muß an die Leute in Abteilung 3 und 4 ausgeteilt werden.

Ihr dürft ihr nicht die Vorstellung haben, daß die Leute in 3 und 4 friedlich sich auseinanderziehen und zu gleichen Teilen ausstellen.

Manche kriegen ihren richtigen Anteil, manche kriegen sehr wenig und manche überhaupt nichts.

In diesen zwei Abteilungen töbt der „Kampf ums Dosein“ am wildesten.

Und all diese Leute in Nummer 3 und 4 sind so ganz erfüllt von dem furchtbaren Kampf, sich auch nur etwas zu sichern, daß sie die Frage gar nicht aufwerfen, warum so wenig von diesen Dingen für sie da ist und warum sie überhaupt darum kämpfen müssen. Das Beste von allem ist dem aussichtsreichsten Genüge der Leute in 1 und 2 vorbehalten; die Arbeiter nehmen zufrieden vorlieb mit Massentisch, Margarine, verfaßtem Tee und fragwürdigem Bier. Erst, wenn sie sogar diese Genüsse sich nicht mehr verschaffen können, fangen sie an zu murren.

Owen machte eine Pause, und eine betretene Stille folgte. Doch plötzlich erhob sich Groß' Gesicht. Er hatte einen großen Fehler in den Argumenten des Vortragenden entdeckt.

„Du behauptest, daß die Leute in Abteilung 1 und 2 das beide von allen Dingen kriegen, aber wie verhält es sich mit den Landstreitern und Bettlern? Du hast sie in 1 untergebracht?“

„Ja, ich weiß. Das ist der richtige Platz für sie, versteht du? Sie gehören zur Klasse der Niedrigsttarier. Ihre heitigen Verhältnisse nach sind sie nicht besser und sie sind auch nicht höher. In dieser Abteilung sind sie am ihrem richtigen Platz. Wenn wir allerdings ihren Anteil am Konsum mit dem anderen vergleichen, so sind sie nicht ganz so schädlich, denn sie konsumieren verhältnismäßig wenig. Doch trotzdem sind sie an ihrem Platz. Die einzelnen in Abteilung 1 kriegen nicht alle denselben Anteil. Die Abteilung kennt eben keine Individuen, sondern die Klasse der Müßiggänger vor.“

„Aber ich dachte, du wolltest uns nachweisen, daß das Geld die Ursache der Armut ist,“ sagte Gosson.

(Fortsetzung folgt.)

ien zu verschaffen. Dafür werden auch die Söhne und Gehälter aller diejenigen bis zum liebenswerten Punkt heruntergedrückt, die eine von diesen Geschäftsmen „verkaufte“ Arbeit verrichten.“

„Das wissen wir ja alles,“ sagte Groß, „aber du kommst nicht darüber hinweg, daß alle diese Dinge Arbeit verschaffen; und das brauchen wir — viel Arbeit.“

Rufe wie „Hört, hört!“ und Neuerungen des Widerworts zu der vom Vortragenden vertretenen Auffassung schwirrten durch den Raum und füllten alle redeten gleichzeitig. Als sich nach einer Weile der Raum ein wenig gelegt hatte, nahm Owen seinen Vortrag wieder auf:

„Die Natur hat uns mit den Dingen, die zum Leben und Glück der Menschheit nötig sind, nicht in gebrauchslestigem Zustande verorgt. Um sie zu erhalten, müssen wir arbeiten. Verhünftige Arbeit ist nur die, die auf die Erzeugung solcher Dinge gerichtet ist. Jede Arbeit, die uns nicht zur Erreichung dieses Ziels dient, ist eine lächerliche, idiotische, verbrecherische, dumme Zeitverschwend.

Und damit beschäftigt sich augenblicklich die große Armee der Menschen, die durch Nummer 3 dargestellt werden. Sie alle arbeiten schwer, aber zu allen nützlichen Plänen und Absichten tragen sie nichts bei.

Die nächste Gruppe umfaßt jene, die wirklich nützliche Arbeit leisten: Die Erzeuger der Wohlstätten der Zivilisation, der Verbesserungen und Unannehmlichkeiten des Lebens.“

„Hurra,“ schrie Philpot und klatschte mit seinen Kulleraugen der Versammlung zu, „da kommen wir rein.“

„Da die meisten Leute in Nummer 4 wenigstens ein Viertel ihrer Zeit arbeitslos sind, müssen wir ihr Feld um ein Viertel verminderen, — so.“

Landarbeiter Bauer	Arbeiter Schuharbeiter Lederarbeiter Metallarbeiter Gießereiarbeiter Dampfmaschinen Arbeiter, die elektrische Anlagen leisten	Arbeiter Schuharbeiter Lederarbeiter Metallarbeiter Gießereiarbeiter Dampfmaschinen Arbeiter, die elektrische Anlagen leisten	Arbeiter Schuharbeiter Lederarbeiter Metallarbeiter Gießereiarbeiter Dampfmaschinen Arbeiter, die elektrische Anlagen leisten
-----------------------	--	--	--

Der Vortragende malte jetzt unter die andere Zeichnung ein kleines Quadrat, daß er das schwarz ausfüllte.

„Das ist die Gesamtmasse der Güter der Zivilisation und der Lebensnotwendigen Dinge, die die Leute in Nummer 4 erzielen. Woraus kommt jetzt zur „Ausdehnung“ dieser Dinge, je-

Die Menschenfreunde in zerlumpten Hosen

Von Robert Tressel.

(52. Fortsetzung)

Mit der Ware handeln sie und sellischen damit, sie bitten sie aus, sie schlagen Profit daraus, aber diese Leute produzieren selber nichts, was zum Leben oder zum Glück notwendig ist und was manche von ihnen tatsächlich herstellen, ist nur im sozialen, unzulänglichen System notwendig.“

„Verflucht noch mal, was für'n System sollen wir denn nach deiner Meinung haben?“ fragte der Mann auf dem Tische.

„Ja, im Flechtindustrie bist du groß,“ zeigte Schleim, „aber was erzählt du uns denn nicht, wie es richtig gemacht werden soll?“

„Weil wir darüber jetzt nicht reden,“ erwiderte Owen, „augenblicklich versuchen wir nur zu ermitteln, warum nicht soviel erzeugt wird, um alle in austretendem Maße mit den Dingen zu versorgen, die durch Arbeit hergestellt werden. Obgleich die meisten Leute in Feld 3 sehr hart arbeiten, stellen sie nichts her.“

„Du redest ja lauter Mist,“ unterbrach Groß ungeduldig. „Und wenn's dreist noch mehr Löden gäbe, als heute,“ rief Horstow, „da verschafft doch den Leuten allen einen Lebensunterhalt. Wenn man die Hölle heute zuschlägt, dann sind alle Leute da drin arbeitslos. Leben und leben lassen, sage ich! Alles das verschafft Arbeit.“

„Sor, hört!“ schrie der Mann hinter dem Burggraben. „Ja, ich weiß, es verschafft Arbeit,“ erwiderte Owen, „aber wir können nicht von Arbeit allein leben. Zu einem angenehmen Leben brauchen wir genügend von den Dingen, die durch Arbeit erzeugt werden. Man kann sehr hart arbeiten und doch keine Zeit vergeuden, wenn man nicht etwas Notwendiges oder Nützliches erzeugt.“

„Warum gibt es so viele Löden, Lager und Warenhäuser? Glaubt ihr, sie existieren, um denen, die sie bauen oder heute dafür ihre Arbeit zu verschaffen? Keine Spur! Sie werden aufrecht erhalten und unerhörte Preise werden für die Waren verlangt, um den Eigentümern die Ansammlung von Vermögen zu ermöglichen, und den Hausbesitzern exorbitante Bie-

Veranstaltungskalender

Kommunale Vereine.

Freitag, den 5. November:
Freiberg, Abends 8 Uhr in der "Dampfmaschine" Mitgliederversammlung. Vortrag des Genossen Erich Schumann, Dresden. Wies muß erscheinen.

Sonntag, den 6. November:
Röhrige, Hellerau, Königs-, Wilschdorff. 8 Uhr Mitgliederversammlung "Hoffnung". Königs- und Zittau, 10 Uhr Versammlung nachmittags 4 Uhr in der Volksküche. Zittau. Teilnehmende haben die Mitglieder der UB, Leiter und die Ortsgruppenleiter sowie die Arbeitgeberfeuer. Vierzigste Schwestern erforderlich. Bericht über die Wahl ist mitzubringen. Die Sitzung.

Roter Frontkämpferbund
Sonntag, den 7. November:
Groß-Dresden. Die Abteilungen stellen zur Revolutionszeitung wie folgt:
Abt. 1 "Bürgergarten" 8.15 Uhr norm.
" 2 "Wochenspiegel" 9.30 Uhr norm.
" 3 "Wochenspiegel" 8.30 Uhr norm.

Zimliche Bekanntmachungen
Büchsenwerda
Stadtverordnetenwahl 1926
Zur Stadtverordnetenwahl 1926 sind 5 Wahllokalen eingerichtet, die sämtliche vom Ausbau umgebenen werden sind, und zwar:
1. Mittelstandswahl, beginnend mit Richard Schärdt, Kaufmann, Bahnhofstraße 7.
2. Büste Todt, beginnend mit Bernhard Boden, Lagerhalter, Bahnhofstraße 19.
3. Büste May, beginnend mit Ernst May, Schuhleiter, Baugasse, Straße 57.
4. Büste Barthel, beginnend mit Otto Barthel, Vorarbeiter, Walbede 88.
5. Bürgervereinigung, beginnend mit Paul Kleisch, Fabrikarbeiter, Heinrich-Gräfe-Straße 5.
Die Löten aus denen die Namen sämtlicher Vorgeschlagenen zu erkennen sind, hängen am Rathausgebäude im Rathauseingang aus.
Büchsenwerda, am 1. November 1926.
Der Rat der Stadt.

- Freital -

Gangprämien für Bürgervateren.
Der Rat hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, jedem Jünger einer Bürgervaterin vom 1. April bis 30. September 1. Jahres 3,- Mark und vom 1. Oktober bis 31. März 2. Jahres 2,- Mark als Gangprämie zu gewähren.
Unterlage auf Auszahlung dieser Belohnung sind im höchsten Polizeiamt unter Vorlegung des geführten Tisches anzubringen.
Rat der Stadt Freital, am 30. Oktober 1926.

Über die Bebauung des Geländes zwischen der Weißeritz, Augustusstraße, der Oberen Dresdner Straße und der Straße Pfehns, der Döhlen-Burgart-Weg, bis zur Kreuzung der Unteren Dresdner Straße haben die städtischen Kollegien einen 7. Nachtrag zur Ortsbauernebung für den Stadtteil Freital-Döhlen beschlossen. Es liegt 4 Wochen in unserem Baupolizeiamt Rathaus, Zimmer 19, zu jedermann's Einsicht aus.
Wiederholte fragen ihm und der davon Verlust innerhalb der vierzehn nächsten Tagen nach Beginn der Auslegung bei uns entweder schriftlich oder mündlich zu erheben. Die Frist läuft vom Tage der ersten Bekanntmachung.
Der Rat der Stadt Freital, am 2. November 1926.

Central-Theater

Bautzen

Ab Freitag bis mit Montag:

Die Weltensation

Ein berühmtes Werk der Weltliteratur im Film!

Der Kürler des Zaren

(Michael Strogoff).

Ein monumenatisches Filmwerk von großer Einzigartigkeit. Was ein Dichter in seiner kühnsten Phantasie erträumte — Was Millionen Menschen in lebendiger Spannung — wurde ein Netz verschiedenster europäischer Filmkunst. 10000 Mann Infanterie und Kavallerie der lettischen Armee wirken in diesem Film mit.

Dazu das lustige Belprogramm

Monty als Torero

Groteske in 2 Akten

Beginn: Wochentage um 17.30 Uhr
Sonntags um 8, 7 und 9 Uhr
Vorverkaufstags ausfüllig!

Palast-Theater

Bautzen

Ab Freitag bis mit Montag:

Das Sensations-Doppelprogramm

Kampf mit den Flammen

6 Akte voll Sensationen, Liebe und Komik durch das Sohn eines Kindes, Leben und Gefahren des Feuerwehrmannes und eines kleinen Jungen.

Außerdem

Die Frau ohne Kind

Eine Ehedrama in 6 Akten

Den Gipelpunkt der höchsten Lebendigkeit erreicht — Der Kampf nach dem Kampf — Das Glück in der schweren Familie.

Beginn: Wochentage um 17.30 Uhr,
Sonntags um 8 Uhr

Empfehlenswerte Bezugsquellen

Dresden-Alstadt

Büsten, Vinzel

Weih., Ammonit. 42.

Proberien

Sweng-Drogerie, Rosenthalstr. 5

Friseure

Schubert, Grüne Str. 9.

Weih., Galanterie, 21

Säumer, Röhrholzgasse 24.

Edle Liliengasse.

Erwerbslose ermäßigte Preise.

Grünwaren

Burkhardt, Altklosterstr. 14

Kolonialwaren

Niedelien u. Hente, Friedberger Str. 18

Leupold, Ammonit. 21

Geist, Ammonit. 88

Pontofstein

Zimmers Kontrollenverkauf

Edle Liliengasse

Edwin Drechsler, Schuhengasse

Wile's Restaurant, Rosenthalstr. 14

Mitt. 4, 5 Wilhelmplatz 8.15 Uhr norm.
" 8.15 Uhr norm.
7, 8 u. 10 Röhrholzgasse 8.45 Uhr norm.
" 8.45 Uhr norm.
" 11. Röhrholzgasse 8.45 Uhr norm.
Schuhmeisterapelle und Tambourzug 9.15 Uhr im Kranhauspalast.

Mittwoch, den 8. November:
Mittwoch, Abends 7.30 Uhr "Gärtnerhof". Mitgliederversammlung.

Mittwoch, 5. November 7.30 Uhr im "Fürgerschloss", Bürgerstraße, Mitgliederversammlung. Keine Jungfräulein nimmt teil.

Proletarische Freidenker.

Sonntag, den 7. November:
Ortsgruppe Röppen (Elbe). 8 Uhr nachmittags Versammlung im Gasthof "Sachsen", Röppen.

Arbeiter-Erwerbstätigen.

Ortsgruppe Dresden:
Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.

Arbeiter-Elternverein.

Montag, den 8. November 8 Uhr Monatsversammlung im Restaurant "Neustädter Oberbaum", Freiberger Straße 6.